



Kritische Betrachtung ist politische Pflicht

CDU hat Fragen zur Ausweisung von Windenergieflächen in Rodgau

Die Energiewende ist auch für die CDU Rodgau eine gesamtwirtschaftliche Herausforderung. Das schließt selbstverständlich die Befürwortung der Windenergie als eine der wichtigen regenerativen Energien mit ein, heißt es in einer Pressemitteilung. „Dennoch muss eine kritische Betrachtung erlaubt sein, ja, sie ist eine selbstverständliche Pflicht für die Politik, wenn es um die Ausweisung von Windenergieflächen geht“.

Für Rodgau sei die Windhöflichkeit – übrigens nur gerechnet, nicht gemessen – in einer Windgeschwindigkeitskarte des Planungsverbandes aufgeführt, die praktisch überall einen sog. „Abschöpfung“ feststellt. Von Genauigkeit oder überzeugenden Werten könne somit kaum die Rede sein.

Die CDU stellt in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

Welche Interessen hat ein Investor? Wie ist die Wirtschaftlichkeit einer Schwachwindanlage zu bewerten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die SPD (Nord) solch eine Anlage selbst betreiben will? Was gewinnt Rodgau durch die Installation solcher Anlagen? Für wie viel Haushalte kann überhaupt Energie gewonnen werden, und wie wird diese verfügbar gemacht? Was ist mit der Lärmbelastung – Rot-Grün in der Regionalversammlung hat den Abstand zur Wohnbebauung ja auf 750 Meter reduziert? Und weiter: Wieweit wird die Naherholungsqualität eingeschränkt (Stichwort: Sperrung von Flächen, Waldfreizeitanlage Weiskirchen)? Was ist mit den geschützten Vogel- und Fledermausarten in Dudenhofen und den Wasserschutzgebieten? Und schließlich: Wer bezahlt am Ende wofür wieviel?

„Es wäre vor allem auch im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, die nach der ersten Euphorie beim Thema Energiewende inzwischen gemerkt haben oder zumindest ahnen, dass der Verzicht auf Atomstrom seinen Preis und Windräder auch nicht gerade die Landschaft verschönern, wenn sich die Verantwortlichen der Stadt auch kritisch und sachlich mit diesem Zukunfts-Thema befassen“. Wer Nachfrager rüffele oder Kritik als „Schwachsinnsantrag“ bezeichne, zeige einmal mehr, dass er von politischer Auseinandersetzung nichts und nur seine Meinung für die allein seligmachende halte.

21. Mai 2012